



Ansicht

3.17

Arm im Alter. Altersarmut ist ein Problem, das größer werden wird. Was sind die Gründe? Wer ist betroffen und gefährdet? Wie kann ein würdiges Leben im Alter möglich sein? Darum geht es in diesem Heft.



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Ängste um die eigene Zukunft im Alter nehmen bei zahlreichen Menschen in Deutschland zu. Diese Sorgen sind berechtigt, zumal stellenweise ein massiver Abwärtstrend bei den Renten zu verzeichnen ist. Dieser muss dringend gestoppt werden. Immer mehr Menschen erfahren im Alter zudem, was es heißt, nicht mehr aus eigener Kraft für sich sorgen zu können. Nach den Berechnungen des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Köln kann ein Drittel aller alten Menschen soziale Teilhabemöglichkeiten nur in sehr eingeschränktem Maße wahrnehmen. Mit ihren vielfältigen Beratungs- und Betreuungsangeboten vor Ort erfahren die Einrichtungen der AWO dies früh und direkt. Die AWO ist daher seit 2012 verstärkt im Bereich alters- und generationengerechter Quartiersentwicklung aktiv. In den vergangenen fünf Jahren wurden 76 Quartiersentwicklungsprojekte an über 65 Standorten aufgebaut und umgesetzt.

Quartiersentwicklung und sozialraumorientierte Versorgungskonzepte im Zusammenwirken von haupt- und ehrenamtlich Tätigen stellen vor dem Hintergrund sich ändernder gesellschaftlicher und sozialer Strukturen und veränderter Bedarfslagen eine konstruktive Lösungsoption in der Altenpflege dar. Stadtteile oder Quartiere müssen daher so gestaltet werden, dass alten Menschen auch im Falle von Hilfe- und/oder Pflegebedürftigkeit ein Verbleib in der eigenen Häuslichkeit und/oder im vertrauten Quartier möglich ist. Notwendig sind nicht nur eine wohnortnahe aufeinander abgestimmte und miteinander verzahnte Beratungs-, Versorgungs- und Unterstützungslandschaft und wohnortnahe Infrastrukturen, sondern vor allem auch lokale Teilhabemöglichkeiten, die Isolation und Vereinsamung und damit sozialer Armut entgegenwirken. Darüber, über Herausforderungen von Altersarmut an sich und wie pflegende Angehörige, Pflegefachkräfte und Rentner*innen ihren Alltag meistern, berichtet dieses Heft. Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre!

Brigitte Döcker
Mitglied des Vorstands

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter Kuleba (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Redaktionelle Mitarbeit

Ragnar Hoenig · Dr. Katriona Pfundt

Konzept und Gestaltung

www.stephanie-roderer.de

Fotografie

Titel, S. 19 Wolfgang Siesing für den AWO Bundesverband · 3, 10, 11, 17, 20 AWO Bundesverband · S. 4 AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung · S. 6 Jule Roehr · S. 7 CANTERA · S. 8. fotolia.com · S. 15 Deutsche Rentenversicherung Bund · S. 21 AWO Schleswig-Holstein · S. 22 David Ausserhofer

Die AWO Ansicht wird gefördert aus Mitteln der Glücksspirale.

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS DE-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC® mixed credit – GFA-COC-001787





GERECHTIGKEIT

Aktionstag für mehr Umverteilung

Das Bündnis »Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!« ruft zum bundesweiten Aktionstag am 16. September 2017 auf. Vor der Bundestagswahl soll den Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit und mehr sozialer Gerechtigkeit kreativ und bunt Gehör verschafft werden. Eine Auftaktaktion ist für den 15. September 2017 in Berlin geplant. Unter dem Motto »Wir fangen schon mal an: Superheld*innen verteilen um« sind alle Superheld*innen um 12:30 Uhr zum Bundestag aufgerufen, um dort symbolisch das Geld dahin umzuverteilen, wo es dringend benötigt wird. Wir möchten die Politiker*innen noch mal daran erinnern: Geld genug ist da; es muss nur sozial gerecht umverteilt werden.

➔ Die AWO engagiert sich aktiv im Bündnis. Mehr dazu unter www.reichtum-umverteilen.de
 Sophie Schwab • Tel 030/26309206 • sophie.schwab@awo.org

RECHTSEXTREMISMUS

AWO-Positionen gegen rechts

Angesichts der Zunahme von Hasskriminalität und des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien steht die AWO vor der Aufgabe, ihr Engagement für die Achtung der Menschenrechte zu verstärken. Die Verbandsbroschüre »AWO-Positionen gegen rechts« richtet sich an alle Aktiven in der AWO, Haupt- und Ehrenamtliche, und ist als Anregung gedacht, sich mit den aktuellen Entwicklungen auseinanderzusetzen und Position zu beziehen. Im Mittelpunkt der Broschüre stehen Grundsätze und Selbstverständnis der AWO für eine vielfältige und solidarische Gesellschaft, die sich dann auch in den einzelnen Kapiteln widerspiegeln: Sei es mittels der Beratungsstellen zur Prävention, sei es durch die Angebote von Trainingsprogrammen, Seminaren und Workshops. Zum Schluss gibt es Hinweise zu rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextreme und notorische Rassist*innen.

➔ Die Broschüre kann im AWO-Shop unter der Nr. 04041 bestellt werden. www.awo.org/awo-shop

HISTORISCHES PORTRÄT

Hedwig Wachenheim 1891–1969

Wachenheim war 1919 Gründungsmitglied der AW, später Mitglied im geschäftsführenden Ausschuss, ab 1925 Schriftführerin. Sie war Initiatorin der Einrichtung der Wohlfahrtsschule der AW und ihre Leiterin. Über Paris und London folgte die Emigration in die USA. Ab 1935 engagierte sie sich in der German Labour Delegation (Hilfe für Verfolgte des Nationalsozialismus). 1938 wurde sie amerikanische Staatsbürgerin. Nach der Rückkehr nach Deutschland hatte sie von 1946–1951 eine Tätigkeit in der Wohlfahrtsabteilung der US-Militärregierung (Stuttgart, später Frankfurt/Main) inne. 1951–1955 erfolgte die Rückkehr in die USA. Ein Stipendium der Universität Berkeley/Kalifornien bot eine Grundlage für ihre Publikationen, u.a. über »Die deutsche Arbeiterbewegung 1844–1918«.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO www.awo-historie.org





FRAUEN

Frauen zur Wahl

Die AWO ist Mitbegründerin eines Bündnisses von über 40 Frauenverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, welches Frauen dazu aufruft, bei der Bundestagswahl 2017 ihre Stimme abzugeben. Das Bündnis ist sehr breit aufgestellt und soll so möglichst viele Frauen ansprechen. In der Tradition der AWO-Gründerin Marie Juchacz, die eine der Vorkämpfer*innen des Frauenwahlrechts war und als erste weibliche Abgeordnete vor einem deutschen Parlament gesprochen hat, sieht sich der Verband in einer besonderen Verantwortung, für Gleichberechtigung einzutreten. Das Erstarken antidemokratischer, rechtspopulistischer Kräfte in Deutschland, die Vielfalt, Freiheit und Gleichberechtigung gefährden, sieht die AWO mit Besorgnis. Eine Gefährdung der Demokratie bedeutet immer auch eine Gefährdung von Frauenrechten.

Die AWO engagiert sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter etwa durch die Forderung nach einer Aufwertung sozialer Berufe, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden. Zudem setzt sie sich für einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt ein. In ihren Einrichtungen und Diensten, wie Frauenhäusern und Schwangerschaftsberatungsstellen, unterstützt die AWO Frauen dabei, ihren Lebensweg selbstbestimmt und sicher zu gehen.

➔ Der Wahlauf Ruf sowie Vorlagen für die Weiterverbreitung sind auf der Homepage der AWO zu finden. Ziel ist es, bis zur Bundestagswahl über alle denkbaren Kanäle (Ortsvereinszeitschriften, Social-Media-Auftritte etc.) Frauen zur Stimmabgabe zu motivieren.

BUNDESTAGSWAHL 2017

AWO- Wahlcountdown

Am 24. September 2017 wird der neue Bundestag gewählt. Die AWO nutzt bis dahin die Zeit und hat 12 Wochen vor der Wahl den AWO-Wahlcountdown gestartet. Seit dem 3. Juli, also 12 Wochen vor dem Wahltermin, wird an jedem Montag eine Forderung an die Politik gestellt und die darauffolgenden Tage werden als Themenwoche gestaltet. In diesen Themenwochen setzt sich die AWO intensiv mit jeweils einem Thema auseinander. Eingeleitet wird die Woche immer montags durch ein Drei-Fragen-Interview. Die Kampagne wird im Netz unter dem Hashtag #awobtw17 gebündelt.

Für die rund 90 Sekunden dauernden Interviews konnten der Präsident der AWO, Wilhelm Schmidt, die Vorsitzende des Bundesjugendwerks der AWO, Anna Pfeiffer, der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler und das AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker gewonnen werden.

Der 18. Deutsche Bundestag hat in den vergangenen vier Jahren viele soziale Verbesserungen in Deutschland erreicht, wie zum Beispiel das Rentenpaket, der gesetzliche Mindestlohn und die Familienpflegezeit. Gleichwohl steht der 19. Bundestag vor großen Herausforderungen. Denn: Viele Menschen in diesem Land profitieren nicht ausreichend von den positiven Rahmenbedingungen. Aus diesem Grund hat die AWO Positionen zur Bundestagswahl 2017 verabschiedet und ihre zentralen Forderungen in 31 Fragen an die Parteien und Kandidat*innen für den 19. Deutschen Bundestag zusammengefasst. Außerdem hat das Präsidium der AWO im März dieses Jahres ein Positionspapier zur Bundestagswahl 2017 verabschiedet.

»Im Mittelpunkt der nächsten Legislaturperiode müssen soziale Verbesserungen für die Menschen in Deutschland stehen, damit die zunehmende soziale und politische Spaltung überwunden und der spürbaren Verunsicherung entgegengewirkt werden kann«, ist der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler überzeugt.



➔ Ragnar Hoenig • ragnar.hoenig@awo.org
Berit Gründler • berit.gruendler@awo.org



Nach der Enthüllung des Denkmals: Der Künstler des Denkmals für Marie Juchacz, Prof. Gerd Winner, eingerahmt vom AWO-Präsidenten Wilhelm Schmidt (r.) und dem AWO-Bundesvorsitzenden Wolfgang Stadler (l.)

AUS DEM VERBAND

Buch zur Geschichte der AWO von 1919 bis 2019

Am 13. Dezember 2019 wird die Arbeiterwohlfahrt (AWO) 100 Jahre alt. Ihrer Geschichte und dem Verbandsjubiläum im Jahr 2019 misst sie eine hohe Bedeutung zu. Um die aktive Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu fördern, wurde im Oktober 2016 das Forschungs- und Buchprojekt »Geschichte der Arbeiterwohlfahrt 1919 bis 2019« auf Initiative des AWO Bundesverbandes gestartet. Das Projektteam, bestehend aus Prof. Dr. Jürgen Mittag und Dr. Philipp Kufferath von der Deutschen Sporthochschule Köln (Institut für Europäische Sportentwicklung und Freizeitforschung & Jean Monnet-Lehrstuhl), hat sich in Absprache mit der AWO das Ziel gesetzt, eine Publikation zur Geschichte zu verfassen, die die Entstehung und Entwicklung des Verbandes in einer wissenschaftlichen Überblicksdarstellung nachzeichnet. Im Rahmen der Forschung wird die abwechslungsreiche, aber auch von Zäsuren geprägte Geschichte der AWO von der Gründung in der Weimarer Republik bis zur Gegenwart beleuchtet. Bis 2019 soll eine ansprechende, umfassende Aufarbeitung der Geschichte erfolgen, die zum Verbandsjubiläum am 13. Dezember 2019 veröffentlicht wird. Ein wissenschaftlicher Beirat berät und unterstützt das Projekt. Die Historische Kommission der Bundesebene wird den Prozess ebenfalls intensiv begleiten.

➔ Maïke Beutler, Tel 030/26309267,
maïke.beutler@awo.org

AUS DEM VERBAND

Denkmal für AWO-Gründerin aufgestellt

»Jetzt bekommt Marie Juchacz endlich das Denkmal, das sie verdient. Ihre Errungenschaften dürfen nicht in Vergessenheit geraten«, erklärte der Präsident der AWO Wilhelm Schmidt anlässlich der feierlichen Enthüllung kürzlich in Berlin. Der Platz für das Denkmal ist wohlbedacht: Unweit des heutigen Mehringplatzes in Berlin-Kreuzberg war bis 1933 die Zentrale und die Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz würdigte Marie Juchacz: »Marie Juchacz war eine große Kämpferin für Gleichberechtigung, Solidarität und Gerechtigkeit. Sie verdient es, dass wir ihr ein Denkmal für ihr Lebenswerk setzen. Ein Denkmal, das uns an ihren aufopferungsvollen Kampf erinnert. Daran, dass die Würde des Menschen immer im Mittelpunkt unseres Handelns stehen muss. Daran, dass Frauen und Männer gleichberechtigt vor dem Gesetz sind und wir dafür sorgen müssen, dass sie es auch in der Praxis sind.« AWO-Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler betrachtet den Handlungsauftrag von Marie Juchacz noch immer als aktuell: »Die AWO engagiert sich auch heute ganz im Sinne ihrer Gründerin für eine sozial gerechtere Gesellschaft, für eine Politik, die die Interessen und Bedürfnisse von Familien in den Fokus rückt, für die Gleichstellung von Frau und Mann und für eine Gesellschaft, die solidarisch in Vielfalt zusammenlebt.« Für den Künstler des Denkmals Prof. Gerd Winner stellt Stahl das passende Material dar. »Die Skulptur vereint die Begriffe des Sozialstaates und das Gedenken an Marie Juchacz.« Wichtig war dem Künstler zudem, dass die Skulptur mit dem Boden verbunden ist und nicht auf einem Sockel steht. Diese Erdverbundenheit habe Juchacz ausgemacht.

➔ Maïke Beutler, Tel 030/26309267,
maïke.beutler@awo.org

**»Der Gedanke der Solidarität,
der alle Zweige der Arbeiterbewegung
so wundervoll belebt, ist auch die Triebfeder
unseres gemeinsamen Handelns
zum Wohle hilfsbedürftiger Menschen.
Der Starke soll mit eintreten für den
Schwachen zum Wohle des Ganzen.«**

Marie Juchacz, 1927



HELFEN SIE!

Mit Unterstützung von AWO International haben Jugendliche eine Minibibliothek für Kinder (und Jugendliche) in Nicaragua eröffnet. Helfen Sie mit Ihrer Spende. Vielen Dank!

 Spendenkonto AWO International e. V.
Stichwort: »Kinder und Jugend«
IBAN: DE83100205000003221100
BIC: BFSWDE33BER

AWO INTERNATIONAL

Perspektiven für Kinder und Jugendliche

Millionen Kinder und Jugendliche leben in Armut, werden ausgebeutet und ausgegrenzt. Doch viele Kinder und Jugendliche versuchen, einen Ausweg aus diesem Kreislauf von Armut, Gewalt und Perspektivlosigkeit zu finden: Sie organisieren sich und setzen sich aktiv für ihre Rechte ein. Sie übernehmen Verantwortung für sich, ihre Familien und ihre Gemeinden. Mit dem Fonds für Kinder und Jugendliche fördert AWO International Projekte, um die Lebenssituation nachhaltig zu verbessern. Mit den Spenden werden Schutzhäuser für Kinder und Jugendliche, Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel Minibibliotheken, Jugendgruppen unterstützt oder Ausbildungs- und Aufklärungskurse angeboten.

 mail@awointernational.de, www.awointernational.de

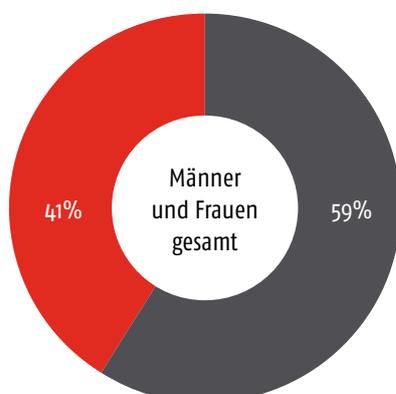
Unsicherheiten im Alter

2016 lag die vom Statistischen Bundesamt errechnete Lohn Differenz zwischen Mann und Frau bei 21 Prozent. Die Ursachen für den hohen Lohnunterschied sind vielfältig und nicht neu: Als typisch weiblich definierte Berufe erfahren weniger gesellschaftliche Wertschätzung. Darüber hinaus leisten Frauen den größten Teil der gesellschaftlichen und privaten Sorgearbeit, sind oft nur in Teilzeit erwerbstätig und häufiger im Niedriglohnsektor. All dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die finanzielle Versorgung im Alter. So benötigen Frauen im Rentenalter deutlich häufiger Unterstützung vom Staat als Männer: Im Juni 2016 waren rund 59 Prozent der Personen, die Grundsicherung im Alter bezogen, Frauen. Betrachtet man alle Empfänger*innen von Grundsicherung, war das Verhältnis zwischen den Geschlechtern dagegen nahezu ausgeglichen (Frauen: 52 Prozent; Männer: 48 Prozent). Mit der Grundsicherung im Alter unterstützt der Staat Personen, deren Rente zusammen mit eventuell weiteren Einkünften nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Im Juli ist das sogenannte Lohn gerechtigkeitsgesetz in Kraft getreten. Dieses Gesetz war längst überfällig und ist zur Herstellung von Entgeltgleichheit und Geschlechtergerechtigkeit – und also auch für die Sicherung im Alter – bedeutsam. Transparente Vergütungsstrukturen sind Teil eines modernen, nachhaltigen Personalmanagements. Schon die Gründerfrauen der AWO forderten 1919 im Grunde genommen nichts anderes als gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Dies muss endlich Wirklichkeit werden, auch um Armut im Alter zu verhindern. ❤

Unterstützung im Alter vom Staat: Vergleich Männer und Frauen

- Männer
- Frauen



59% Frauen



Frauen benötigen im Rentenalter deutlich häufiger Unterstützung vom Staat als Männer. Im Juni 2016 waren rund 59% der Personen, die Grundsicherung im Alter bezogen, Frauen.

Die Grundsicherung im Alter wurde in den letzten zehn Jahren immer häufiger in Anspruch genommen.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Jahresvergleich 2006 und 2016

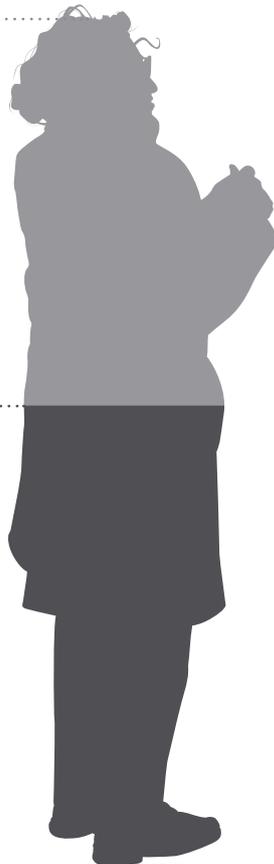
- Grundsicherung gesamt für Personen von 18 Jahren bis zur Altersgrenze und älter
- Grundsicherung für Personen ab der Altersgrenze und älter

682.000

Personen bezogen im Jahr 2006 insgesamt Grundsicherung

371.000

Personen hatten dabei die Regelaltersgrenze erreicht



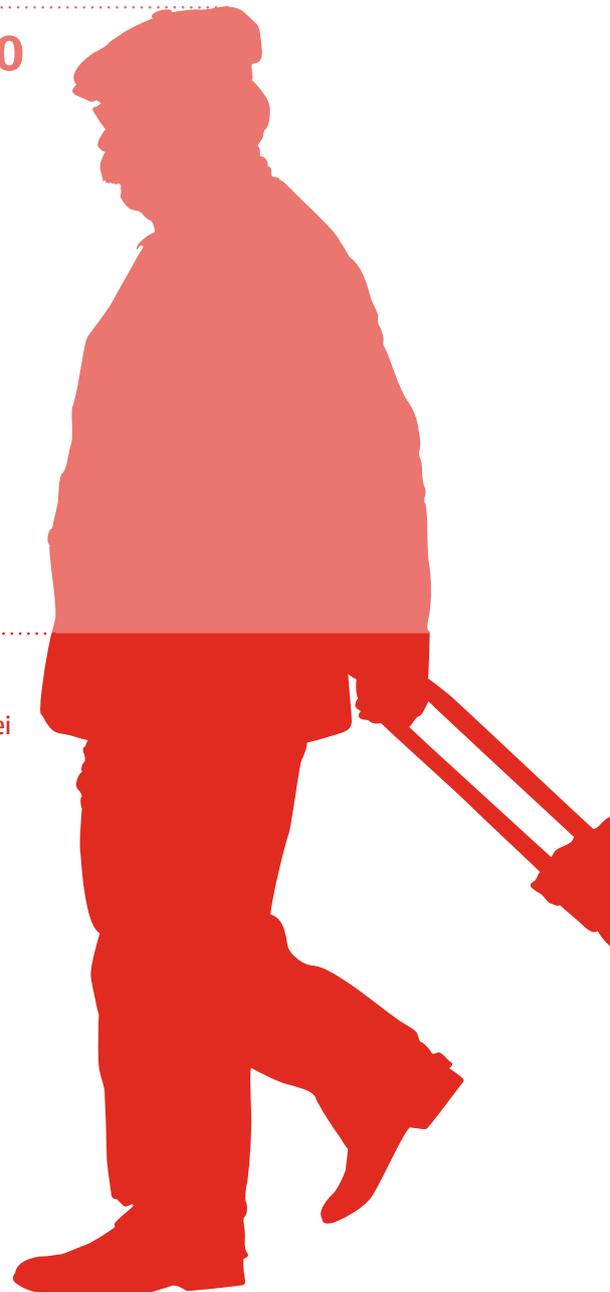
2006

1.035.000

Personen bezogen im Jahr 2016 insgesamt Grundsicherung

532.000

Personen hatten dabei die Regelaltersgrenze erreicht



2016





Arm im Alter. Was tun?

Die Altersarmut wird steigen. Einige Gründe: Rentenkürzungen im letzten Jahrzehnt und die langfristige Absenkung des Rentenniveaus. Gewachsene Versicherungslücken bei den Versicherten durch (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Niedriglohn oder prekäre Selbstständigkeit. Viele Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit für Sorgearbeit und erhalten hierfür oft keinen ausreichenden Ausgleich.

Altersarmut wird zunehmen

Mit Blick auf die Statistiken scheint es so, dass Altersarmut kein gravierendes Problem ist. Dem ist nicht so. Das Risiko für Altersarmut steigt. Eine jüngst veröffentlichte Simulationsstudie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung warnt sogar davor, dass das Armutsrisiko von etwa 16 % in den Jahren 2015-2020 auf 20 % in der zweiten Hälfte der 2030er-Jahre steigen wird. Überlegungen, was getan werden sollte.

AUTOR RAGNAR HOENIG

Aktuell beziehen gerade einmal rund 3 Prozent der älteren Menschen Leistungen der Grundsicherung. Hieraus wird oft der Schluss gezogen, dass Altersarmut kein weit verbreitetes Phänomen sei. Doch der Schein trügt. Denn allgemein wird für die kommenden Jahre mit einem Anstieg von Altersarmut gerechnet. Ein wesentlicher Grund: Viele heutige Versicherte haben Lücken in ihren Erwerbsbiografien, zum Beispiel durch (Langzeit-) Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbeschäftigung, prekäre Selbstständigkeit oder durch Erwerbsunterbrechungen für Kindererziehung und Pflege. Diese Lücken führen häufig auch zu Versorgungslücken im Alter, weil die Rente Spiegel des Erwerbslebens ist. Wer niedrige oder keine Rentenbeiträge zahlt, kann in aller Regel auch nur mit niedrigen Rentenansprüchen rechnen.

Rentenkürzungen stoppen

Die erheblichen Renten­kürzungen des letzten Jahrzehnts treten als weitere Ursache für den Anstieg von Altersarmut hinzu. Die langfristige Absenkung des Rentenniveaus hat zwar keine unmittelbare Kürzung von Renten zur Folge. Sie führt aber dazu, dass die Renten geringer steigen als die Löhne und dadurch nach und nach an Kaufkraft verlieren. Wer diesem Armutsrisiko entkommen will, muss verstärkt in die private und betriebliche Altersvorsorge investieren. Doch vielen Versicherten fehlt hierzu das Geld. Außerdem ist selbst bei einer intensiven privaten und betrieblichen Altersvorsorge

keineswegs garantiert, dass die kapitalgedeckte Altersvorsorge die Rentenlücke im Alter schließen kann.

Schon heute sind vor allem Frauen in besonderer Weise von Altersarmut bedroht. So waren im Juni 2016 etwa rund 59 Prozent der Personen, die Grundsicherung im Alter bezogen, Frauen. Der Grund für den höheren Frauenanteil bei der Grundsicherung liegt wieder in den Erwerbsbiografien. In den meisten Fällen übernehmen Frauen die Versorgung und Erziehung von Kindern sowie die Versorgung, Pflege und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger und verzichten auf eine eigene Erwerbstätigkeit oder schränken sie ein. Auch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern schlagen sich bei den Renten nieder: Nach dem Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen um 21 Prozent niedriger als bei den Männern.

»Die erheblichen Renten­kürzungen des letzten Jahrzehnts treten als weitere Ursache für den Anstieg von Altersarmut hinzu.«

Dass der Gesetzgeber handeln muss, wird kaum noch bestritten. Doch die diskutierten Konzepte sind sehr unterschiedlich. Klar ist aber: Jedes wirksame Konzept gegen den Anstieg von Altersarmut muss frühzeitig und damit am Arbeitsmarkt ansetzen. Die Vermeidung von Altersarmut gelingt am besten, wenn schon im Erwerbsleben ausreichende Rentenansprüche aufgebaut werden. Die AWO fordert daher, dass die typischen, im Erwerbsleben begründeten Risikofaktoren für Altersarmut gezielt durch höhere Rentenbeiträge besser abgesichert werden. Dies gelingt am besten durch dynamische Mindestlöhne sowie höhere Rentenbeiträge bei Arbeitslosigkeit, Kindererziehung oder Pflege. Derartige präventive Maßnahmen allein genügen allerdings nicht. Auch die Rentenleistungen müssen dringend verbessert werden. Die AWO fordert deshalb, jede weitere Absenkung des Rentenniveaus sofort zu stoppen. Ferner müssen die Lücken, die in den

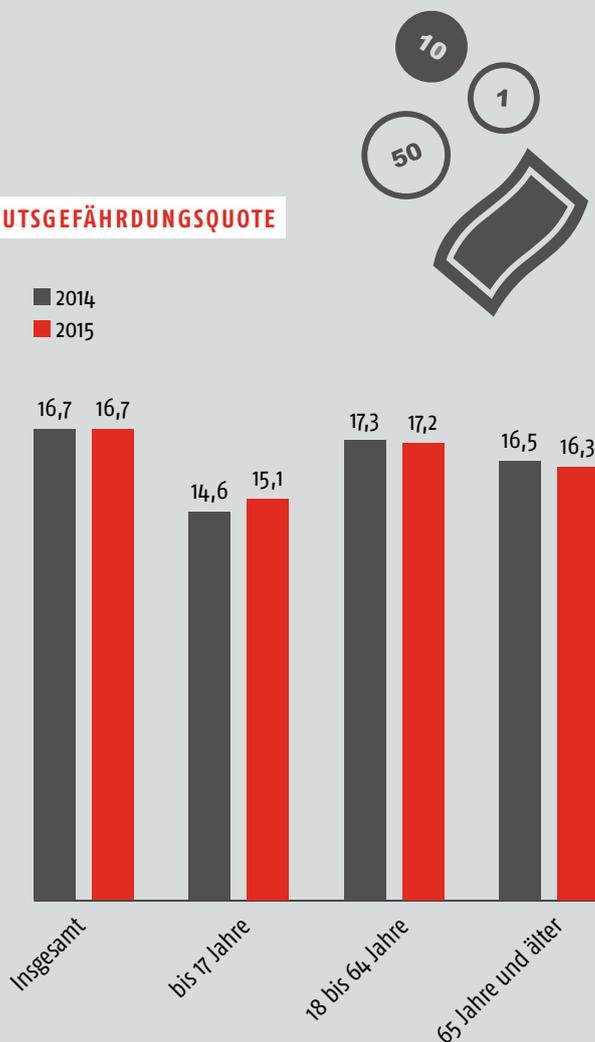
»Die AWO fordert deshalb, jede weitere Absenkung des Rentenniveaus sofort zu stoppen.«

letzten Jahren bereits entstanden sind und jetzt nicht mehr durch höhere Rentenbeiträge geschlossen werden können, durch höhere Rentenleistungen besser abgesichert werden, zum Beispiel durch eine Verlängerung der sogenannten Rente nach Mindesteinkommen. Damit sichergestellt ist, dass jede*r, die*der in die Rentenversicherung eingezahlt hat, im Alter mehr hat als jemand, der nicht eingezahlt hat, fordert die AWO schließlich Rentenfreibeträge in der Grundsicherung.

Die gesetzliche Rentenversicherung hat in ihrer über 100-jährigen Geschichte zwei Weltkriege, Inflationen und zuletzt auch die Wirtschafts- und Finanzkrise überstanden. Sie hat sich damit als ein außerordentlich stabiles, verlässliches und anpassungsfähiges System bewährt. Damit sie dies auch in Zukunft gewährleisten kann, muss sie jetzt auf den Wandel in der Erwerbswelt angepasst werden. ❤️

➔ Ragnar Hoenig • Tel 030/063090
ragnar.hoenig@awo.org

ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE



Eine Person gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens eine der folgenden drei Lebenssituationen zutrifft: Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze (die Person ist also von Einkommensarmut bedroht), ihr Haushalt ist von erheblicher materieller Entbehrung betroffen oder sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung (bezogen auf die Erwerbsbeteiligung von Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren). Für jede dieser Lebenssituationen kann jeweils der Anteil der Personen in der Bevölkerung ermittelt werden, auf den diese Situation zutrifft. Mit 16,7 Prozent der Bevölkerung war jede sechste Person in Deutschland im Jahr 2015 von monetärer Armut bedroht. Das entsprach rund 13,4 Millionen Menschen. Der Anteil der armutsgefährdeten Personen ist damit genauso hoch wie 2014.

Anteil der Bevölkerung in %
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016

Stimmgewaltig für mehr Rente

Neben Theorie und Empirie des Wohlfahrtsstaates in Deutschland und im internationalen Vergleich sowie der Finanzierung des Sozialstaates beschäftigt sich Gerhard Bäcker insbesondere mit der Lebenslagen- und Armutforschung. Im Interview mit der AWO Ansicht analysiert er aktuelle Probleme und potenzielle Gefahren von Altersarmut.

INTERVIEW PETER KULEGA

Herr Professor Bäcker, wann können wir von Altersarmut sprechen?

BÄCKER Die Definition von Armut und von Altersarmut ist nicht leicht, weil es letztlich eine normative Frage, also eine Wertentscheidung ist, ab welchem Einkommen jemand als arm bzw. als nicht arm zu bezeichnen ist. Es gibt also keine »objektive« Definition von Armut und Altersarmut; es hängt ab von Konventionen und Überzeugungen. In der Wissenschaft hat es sich eingebürgert, zwei Definitionen von Altersarmut zu akzeptieren.

Welche?

BÄCKER Im einen Fall schaut man sich an, wie viele Personen über 65 ein so geringes Einkommen haben, dass sie Grundsicherung im Alter beantragen müssen oder beantragen sollten. Die andere Definition ist eine statistische Definition, hier wird nach der Einkommensverteilung gefragt: Wie stark ist die Gruppe derjenigen besetzt, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens haben? Es gibt demnach zwei Armutsgrenzen. Letztlich ist natürlich auch die Größe 60 Prozent durch eine normative Festlegung bestimmt. Man könnte fragen: Warum nicht 61 oder 59 Prozent? Aber es hat sich eingebürgert, diese 60 Prozent zu nehmen.

Was sind die Risiken für Altersarmut?

BÄCKER Die Risiken für Altersarmut kann man aus zwei unterschiedlichen Blickpunkten betrachten. Zum einen ist die Höhe der finanziellen Absicherung im Alter immer ein Spiegelbild der Erwerbsbiografie. Ob Sie jetzt die Rente nehmen, die betriebliche Altersversorgung oder die private Vorsorge: Immer kommt es darauf an, wie viel Geld die Betroffenen im Erwerbsleben verdient haben und wie lange sie erwerbstätig waren und entsprechend vorgesorgt haben. Sprich: Personen, die schlecht verdient haben, unregelmäßig beschäftigt waren, nur geringe Versicherungszeiten hatten, die schlecht bezahlt worden sind, im Niedriglohnbereich, im prekären Beschäftigungsbereich tätig waren, sind einem hohen Risiko ausgesetzt, auch im Alter entsprechend schlecht dazustehen.

»Es gibt also keine »objektive« Definition von Armut und Altersarmut; es hängt ab von Konventionen und Überzeugungen.«

»Von daher muss vor allem das Rentenniveau, das Leistungsniveau der Rente, wieder angehoben werden. Das ist ein ganz zentraler Punkt.«

Zum Zweiten wurde das Niveau der Rentenversicherung in den letzten Jahren bewusst und zielgerecht abgesenkt. Das Risiko wird demnach immer größer, selbst bei einem stetigen Erwerbsverlauf eine Rente zu beziehen, die unterhalb des Armutsniveaus liegt.

Waren die Absenkungen rein politisch motiviert?

BÄCKER Sie sind politisch festgesetzt worden. Die Stichworte sind hier vor allem die Riester-Rente und der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenanpassungsformel. Es war eine politisch gesetzte Zielrichtung, das Leistungsniveau der Rentenversicherung, also das Rentenniveau, ab 2001 systematisch abzusenken. Der Prozess ist ja noch nicht gestoppt, sondern wird sich in den nächsten Jahren sogar noch beschleunigen. Die Idee, die dahinterstand: die entstandene Versorgungslücke durch betriebliche und private Altersvorsorge abzudecken. Dahinter steht das Grundkonzept der Drei-Säulen-Strategie. Die erste Säule, die Rentenversicherung, wird abgebaut. Dafür werden die kapitalbasierten Säulen – betriebliche und private Altersvorsorge – gestärkt.

Welche Rolle können die private und betriebliche Vorsorge für die Bekämpfung von Altersarmut spielen?

BÄCKER Im Prinzip keine. Wir sehen aus der empirischen Forschung, dass diejenigen, die eine geringe Rente aus der Rentenversicherung erhalten, auch genau jene sind, die keine zusätzliche Absicherung durch betriebliche oder private Altersvorsorge haben. Der Grund ist klar: Wer in seinem Arbeitsleben wenig verdient hat, im Niedriglohnsektor gearbeitet hat und wessen Beschäftigungsdauer zudem auch sehr gering war, der wird auch keine betriebliche Altersvorsorge von den Unternehmen angeboten bekommen. Das heißt, die zweite und dritte Säule nutzt vor allem jenen, deren Rente auch einigermaßen hoch ist.

Was müsste geschehen, dass die gesetzliche Rente ein würdiges Leben im Alter ermöglicht?

BÄCKER Es gibt aus meiner Sicht zwei zentrale Ziele: Zum einen muss Armut im Alter vermieden werden. Das alleine reicht aber nicht aus. Alterssicherung

und die Rente zielen auch darauf ab, den Lebensstandard, den man im Laufe des Lebens erwirtschaftet hat, einigermaßen abzusichern. Von daher muss vor allem das Rentenniveau, das Leistungsniveau der Rente, wieder angehoben werden. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Auch und vor allem, weil die zweite und dritte Säule diese Probleme nicht lösen können. Darüber hinaus müssen jene, die aufgrund ihres Berufslebens geringe Rentenanprüche haben, einen Ausgleich erhalten. Nur stichwortartig seien hier genannt: die Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten, bessere Absicherung von Arbeitslosen, die Anerkennung eines weiteren Kindererziehungsjahres.

Ist der politische Wille dafür vorhanden?

BÄCKER Es kommt darauf an. Vor zwei Jahren habe ich überhaupt keinen Handlungswillen erkannt. Heute zeigt sich jedoch, dass quer durch gesellschaftliche Gruppen, Verbände, Institutionen und auch Parteien die Auffassung geteilt wird, dass das



DR. GERHARD BÄCKER

ist Senior Professor im Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Bis zur Emeritierung war er Inhaber des Lehrstuhls »Soziologie des Sozialstaates« in der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen.

➔ gerhard.baecker@uni-due.de

Konzept der sogenannten Riesterreute gescheitert ist. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat inzwischen ein Konzept vorgelegt, das in der Tat sagt: Wir müssen Haltelinien beim Rentenniveau einbauen und wieder das Rentenniveau anheben. Strittig ist allerdings die Frage, wie hoch es angehoben werden soll. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch Positionen, die sagen: Weiter so mit dem Absenken des Niveaus. Das sind die Arbeitgeberverbände, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft oder die FDP. CDU/CSU sind unschlüssig und ohne Konzept. Wir müssen sehen und abwarten, was sich nach der Bundestagswahl für eine politische Konstellation ergibt.

Ist Altersarmut auf Dauer eine Gefahr für die gesetzliche Rentenversicherung?

BÄCKER Ja, das ist in der Tat eine Gefahr.

Warum?

BÄCKER Wer nach einem langen Arbeitsleben und langen Jahren verpflichteter Beitragszahlungen eine Rente erwirbt, die noch unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegt, der muss sich doch fragen: Warum bin ich eigentlich verpflichtet worden, Beiträge zu zahlen, wenn andere Personen, die keine Beiträge gezahlt haben, bei Bedürftigkeit letztlich auch Anspruch auf Grundsicherung haben? Eine solche Politik delegitimiert die Versicherungspflicht. Das heißt, wenn hier nicht gegengesteuert wird, besteht auf Dauer eine Legitimationskrise für die Rentenversicherung.

Es wird im Zuge der Frage von Altersarmut immer ins Feld geführt, dass das eigentlich virulente Problem die Kinderarmut ist und wir uns eher darum kümmern sollten. Kinder in Armut sind die armen Rentner*innen von morgen, so das Argument. Dem ist auch nicht zu widersprechen. Aber was sollte man solchen Diskussionen entgegenhalten.

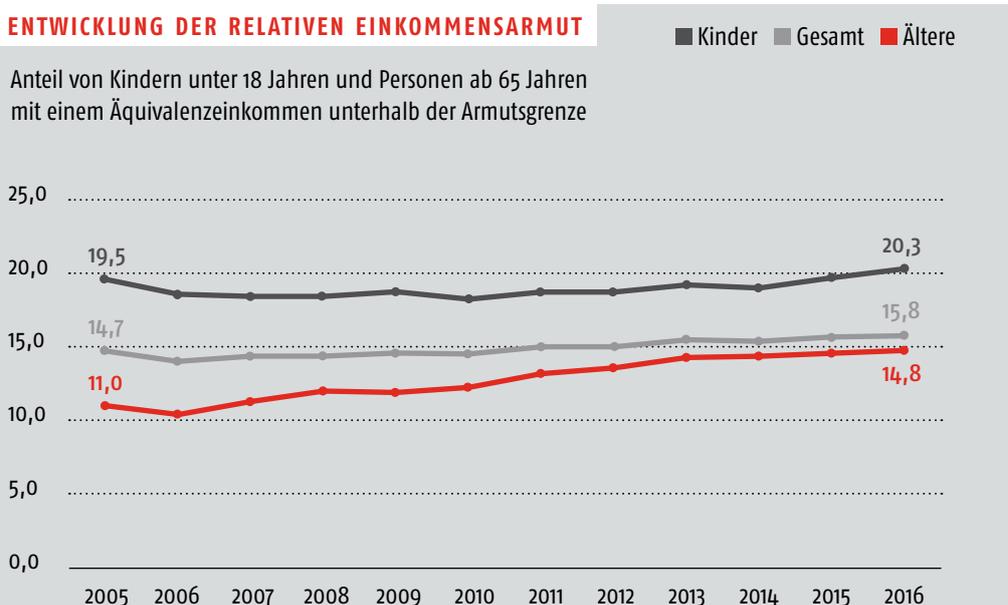
BÄCKER Es ist sehr leicht durchsichtig, wenn etwa die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gegen Rentenreformen auftritt mit dem Hinweis, das würde die Jüngeren belasten. Hier wird systematisch gespalten. Es gibt bei den genannten Themen keine Entweder-oder-Politik, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Man muss natürlich alles daran setzen, die Kinderarmut zu verringern. Aber das schließt nicht aus, sich auch um die älteren Menschen zu kümmern. Diese Spaltung von Interessen und von Generationen ist ein allzu durchsichtiges Spiel, um damit Reformpolitik nicht mehr möglich zu machen.

Was erwarten Sie beim Thema Altersarmut von einem Verband wie der Arbeiterwohlfahrt?

BÄCKER Die Arbeiterwohlfahrt ist ein wichtiger Wohlfahrtsverband. Als solcher hat sie immer zwei Aufgaben: einerseits eigene Angebote zu machen für Menschen, die Hilfe bedürfen, zum anderen aber auch Anwalt zu sein für die Interessen derer, die im politischen Konzert nicht so stimmgewaltig sind. Ich erwarte von der AWO, dass sie sich zum Interessenanwalt jener macht, die in der Gesellschaft benachteiligt sind. Das erwarte ich aber nicht nur von der AWO. ❤️

ENTWICKLUNG DER RELATIVEN EINKOMMENSARMUT

Anteil von Kindern unter 18 Jahren und Personen ab 65 Jahren mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze



Angaben in Prozent, Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de; destatis Fachserie 1 Reihe 2.2

Immer für den Menschen

Die defizitäre Personalausstattung und zu geringe Bezahlung stellt die ambulante und stationäre Pflege seit Langem vor eine große Herausforderung. Darüber und über die Motivation, Pflegebedürftigen dennoch zu helfen, berichtet die Krankenschwester Kerstin Höppner aus Berlin.

AUTOR PETER KULEBA

In der Bundesrepublik ist mittlerweile über eine Million Menschen in Pflegeheimen und in ambulanten Pflegediensten tätig. Mit Blick auf den demografischen Wandel und das stetig wachsende Durchschnittsalter von Mann und Frau ist zu erwarten, dass diese Zahl zunehmen wird. Pflegende sichern Lebensqualität und ein würdevolles Altern von kranken sowie hilfe- und pflegebedürftigen Menschen. Damit dies so bleibt, fordert die AWO bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine deutlich bessere Personalausstattung. Kerstin Höppner vom Schöneberger Pflorgeteam der AWO in Berlin kann dies nur bestätigen: »Bezahlung ist das A und O. Und klar ist: Bei meinem Verdienst würde es im Alter mit den Beträgen der gesetzlichen Rente gerade so für das Existenzminimum reichen.« Die ausgebildete Krankenschwester arbeitet seit 2010 bei der AWO in der häuslichen Krankenpflege. Häusliche Krankenpflege bedeutet, dass ein*e Patient*in zu Hause von Pflegefachkräften und Pflegehelfer*innen versorgt wird.

Die Motivation

Ein Beruf, der viel Verantwortung und vor allem psychische und körperliche Belastungen mit sich bringt. Wieso dennoch dieser Job? »Es ist eine sinnvolle Arbeit, und ich finde es, wie wohl die meisten meiner Kolleg*innen, spannend und herausfordernd, in immer wieder neuen Situationen den unterschiedlichsten Menschen zu begegnen und sie ein Stück auf ihrem Weg zu begleiten«, betont Höppner. Einen Zugang zu ihren Patient*innen zu finden, ihnen auch in schweren Lebenssituationen zur Seite zu stehen und im Idealfall dazu beizutragen, dass einige von ihnen eine andere Perspektive für ihr Leben und einen anderen Blick auf ihre persönliche Situation entwickeln, ist ihre Motivation. Dies erfordert ent-



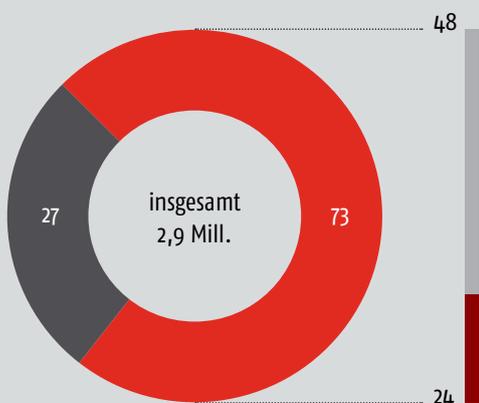
Ein herausfordernder Job, aber mit spannenden Facetten: Kerstin Höppner arbeitet in der ambulanten Pflege in Berlin. Menschen in sehr schweren Lebenssituationen zu unterstützen, ist Teil ihrer Motivation.

sprechende Menschen- und Sachkenntnisse. Hilfebedarf gibt es in allen Gesellschaftsschichten. Von gut situierten Menschen, die sich alles für eine würdige Versorgung leisten können, bis hin zu jenen, die sich das Nötigste für ein gesundes Leben hart ersparen müssen.

Die regional unterschiedliche, aber quasi überall zu geringe Personalausstattung stellt die Pflege seit Langem vor eine große Herausforderung und geht zulasten der pflegebedürftigen Menschen sowie der beruflich Pflegenden. Eng werde es vor allem dann, wenn Kolleg*innen für Pflgetouren ausfallen, aber auch schon bei der Erstellung des monatlichen Dienstplanes, berichtet Kerstin Höppner. Sie macht im Rahmen ihrer 33 Wochenstunden, die einen

**PFLEGEBEDÜRFTIGE
NACH VERSORGUNGSART, 2015**

- vollstationär im Heim
- zu Hause versorgt
- durch Angehörige
- zusammen mit/durch ambulante Pflegedienste



Im Dezember 2015 waren in Deutschland 2,86 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, hat die Zahl der Pflegebedürftigen im Vergleich zum Dezember 2013 um 234.000 (+ 8,9%) zugenommen. 83% der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter, mehr als ein Drittel (37%) war mindestens 85 Jahre alt. Die Mehrheit der Pflegebedürftigen war weiblich (64%).

Annähernd drei Viertel (73% oder 2,08 Millionen) aller Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Davon wurden 1,38 Millionen Pflegebedürftige in der Regel allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 692.000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten, sie wurden jedoch zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste versorgt. Gut ein Viertel (27% oder 783.000 Pflegebedürftige) wurde in Pflegeheimen vollstationär betreut.

Angaben in Prozent,
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2017

kleinen Nebenjob in der sogenannten Einzelfallhilfe als Zusatzverdienst ermöglichen, Hintergrundbesuche und ist im Büro für die Strukturierte Informationssammlung (SIS) zuständig. Beides ist sicher eine willkommene Entlastung von den manchmal auch anstrengenden oder belastenden Hausbesuchen. In den Hintergrundbesuchen und bei der SIS werden fachliche Beurteilungen der Pflegefachkraft vorgenommen, um den Pflegebedarf einzuschätzen und die Risiken zu beurteilen. Auch hier sind Fachkenntnisse und verantwortliches Handeln gefragt.

Generell sind mehr Fachkräfte und Hilfskräfte nötig; ebenso muss der Pflegeberuf attraktiver und die Finanzierung der Pflege auch für die Zukunft gesichert werden. Auf Dauer kann es nicht auf die bewundernswerte Eigenmotivation der Pflegefachkräfte ankommen.

Zukunft des Pflegeberufs

Die Pflegesituation in Deutschland ist auch ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. »Kranke und alte Menschen haben keine Lobby«, bedauert Höppner. Die Pflege soll so günstig wie möglich erfolgen. Frei nach dem Motto: Pflegen kann jeder ... Dies mindert jedoch die Lebensqualität der Pflegebedürftigen, die Qualität der Pflege und die Motivation, überhaupt einen Pflegeberuf zu ergreifen bzw. ihn langfristig auszuüben. »Der Beruf müsste dringend reformiert und gesellschaftlich anerkannt werden«, fordert Höppner. Dies sei leider nicht der Fall. Im Gegenteil: »Wir entwickeln uns allmählich zum Ursprung der Entstehung bzw. Entwicklung der Pflege zurück«, so Höppner. ❤️

➔ AWO Bundesverband e.V. • Tel 030/263090
awo-ansicht@awo.org

Mit kleiner Rente leben

Gernot Pietsch ist Rentner in Berlin. Er muss von einer kleinen Rente leben. Er berichtet, wie dies gehen kann, obwohl es mitunter beschwerlich ist.

AUTOR PETER KULEBA

Kein Einzelschicksal: Gernot Pietsch hat keine große Rente, aber genau so viel, dass er für alles zuzahlen muss. »Gehe ich zur Apotheke – zahle ich zu; muss ich ins Krankenhaus – zahle ich meinen Bettenbeitrag.« Hätte er eine kleinere Rente, wäre er von allem befreit. »Aber was soll's. Es ist, wie es ist, und ich will mich nicht beklagen«, so der lebensfrohe Rentner. Gernot Pietsch wurde 1949 in Berlin geboren. Immer schon zog es ihn hin zu kreativen Tätigkeiten. »Ich konnte gut malen und war kreativ. Deshalb wollte ich Drucker werden.« Gesagt, getan: Nach einer Lehre arbeitete er als Drucker. Ein Beruf, der ihn »immer voll ausgefüllt« hat.

Lebenskrise

In den 1980er-Jahren wurde Alkohol zu einem großen Problem. »Ich musste in den klinischen Entzug gehen und bin seitdem trockener Alkoholiker.« Geholfen haben ihm auch der Saftladen und die Guttempler. »Ich bin stolz auf mich, dass ich es geschafft habe und auch frei darüber reden kann.« Als trockener Alkoholiker hat er seine ganze Energie in die Arbeit gesteckt. Seine Ehe ist durch den Suff in die Brüche gegangen. »Das sollte mir in der neuen Beziehung nicht passieren und passiert mir jetzt auch nicht.«

Herausforderung Arbeitslosigkeit

Irgendwann war die Arbeitslage jedoch nicht mehr gut. 2001 wurde er arbeitslos. Anfangs reichte das Arbeitslosengeld aus. Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) wurde es beschwerlich. Den Kopf steckte Pietsch jedoch nicht in den Sand. »Ich hatte mir fest vorgenommen, dass ich bis 65 arbeite oder Weiterbildungsmaßnahmen mache, damit es später keine Probleme mit der Rente gibt.« Er machte diverse Fortbildungen im Computerbereich. Die Fortbildungen haben ihm gutgetan. Sie »haben mich jung gehalten«. Schließlich hat er für verschiedene Träger gejobbt und gearbeitet. So war er bis zum Eintritt ins Rentenalter immer aktiv; entweder auf Arbeit oder in einer Fortbildung.

Engagement in der Schule

Über die Arbeit bei den Trägern ist Gernot Pietsch nun an einer Berliner Schule gelandet. Er unterstützt hier im Computerraum die Lehrer*innen in ihrer Arbeit. Eine Arbeit, die ihm großen Spaß bereitet. Er bekommt aufgrund seines Engagements Anerkennung, die ihm guttut. Ein bisschen verdient er sich so auch dazu. Geld, das es ihm möglich macht, ein 65+-Ticket des Personennahverkehrs in Berlin und Brandenburg zu nutzen. Dies macht Gernot Pietsch an den Wochenenden häufig und sehr gern. Städtereisen nach Frankfurt/Oder, Potsdam, Cottbus oder kleine Städte in der Umgebung macht der rüstige Rentner mit Begeisterung. Sie sind der einzige Luxus, den er sich neben den Glimmstengeln erlaubt. ❤️

➔ AWO Bundesverband e.V. • Tel 030/263090
awo-ansicht@awo.org

Die schmale Rente bessert Gernot Pietsch mit einer kleinen Tätigkeit an einer Schule auf.



Mit großer Kraft

Marlies Barz hat 18 Jahre ihre an Alzheimer erkrankte Mutter zu Hause gepflegt. Eine Mammutaufgabe. Das Ausmaß an Herausforderungen und Belastungen für pflegende Angehörige wird bis heute vielfach nicht richtig eingeschätzt und anerkannt.

AUTOR PETER KULEBA

»Ich würde es wieder so machen, ja, doch«, so Marlies Barz nachdenklich. Was? Ihre an Alzheimer erkrankte Mutter über 18 Jahre in den eigenen vier Wänden zu pflegen. Ein Fulltime-Job, den sie mit ihrem Mann, einem ihrer Söhne und einem Pflegedienst meisterte. Entschieden (»alles Quatsch«) tritt Barz auch der oft angeführten Aussage entgegen, wonach der Tod vielleicht für alle Beteiligten eine Erleichterung sei. Im Gegenteil: Man fällt erst einmal in ein tiefes Loch. Geholfen hat ihr, wie schon in den Jahren, als ihre Mutter noch lebte, eine Selbsthilfegruppe der Alzheimer Gesellschaft, die sie seit 1993 besuchte. »Diese Treffen waren für mich Gold wert.« Hier konnte sie offen über physische und psychische Herausforderungen im Alltag reden. Es sei nur schwer vorstellbar, wie ein Alltag mit einem* einer mobilen Alzheimerpatient*in sein könne. Man müsse auf alles vorbereitet sein, und das sei natürlich belastend. Der Kontakt zur Gesellschaft ist bis heute nicht abgerissen. Mehrfach in der Woche kümmert sich die lebensfrohe 68-Jährige ehrenamtlich wiederum um Alzheimerkranke und deren Angehörige.

Finanzieller Drahtseilakt

Zu Beginn der 1990er-Jahre, als die Mutter von Marlies Barz schon rund um die Uhr gepflegt und beaufsichtigt werden musste, gab es noch keine Pflegeversicherung. Entsprechend waren natürlich die finanziellen Aufwände. So war es kaum zu vermeiden, dass ihr Mann und sie selbst weiter einer Arbeit nachgingen. Doch selbst nach Einführung der Pflegeversicherung hat sich die Lage finanziell nicht gravierend entspannt. Pflegedienste, Medikamente, Anwendungen haben ihren Preis. Klar könne man nur das Nötigste machen, um über die Runden zu kommen. »Aber das kam für mich nie infrage. Meine Mutter sollte es bis zum Schluss gut haben.« Entsprechend waren die Jahre ein finanzieller Drahtseilakt. Gebessert hat sich die Lage nach dem



Viele Jahre pflegte Frau Barz ihre Mutter zu Hause – ein Kraftakt, körperlich, psychisch und auch finanziell. Ein Foto auf dem Regal hinter ihr erinnert an diese Zeit. Früher nutzte sie das Regal für Pflegeutensilien wie Windeln.

Tod der Mutter nicht. Denn die 18 Jahre gingen an Marlies Barz nicht spurlos vorbei. Herz- und Rückenprobleme (»eindeutig die Folgeschäden«) plagten sie bis heute. Kurzum: Die vorherigen Kosten für ihre Mutter fallen nun für ihre eigene Gesundheit an.

Seit knapp 20 Jahren konnten ihr Mann und sie nicht länger in den Urlaub fahren; vielleicht einmal eine Woche. Auch die Preissteigerungsraten sind sofort spürbar. »In unserem Portmonee ist so gut wie nie was drinne«, so Barz im besten Berlinerisch. Ihr Mann arbeitet trotz Rentenalter, um etwas dazuzuverdienen. Dabei gehe es ihnen insgesamt nicht schlecht; sie wolle auch überhaupt nicht klagen. Bei aller Lebensfreude und allem Optimismus: In all den Jahren sei ihr jedoch klar geworden, dass gute Gesundheitsversorgung im Alter eng mit finanziellen Möglichkeiten zusammenhängt; und das sei eigentlich nur schwer zu akzeptieren. ❤️

AWO Bundesverband e.V. • Tel 030/263090
awo-ansicht@awo.org

Lebendige Quartiere



Ältere Menschen verlassen ungerne ihre gewohnte Umgebung. Altengerechte Quartiersentwicklung erhält daher eine große Bedeutung. Wie dies aussehen kann, darüber berichtet Anike Ohmes.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Was ist der Anlass für Quartiersentwicklung? Was sind die Probleme vor Ort?

Ältere Menschen müssen nach unserer Auffassung die Möglichkeit haben, ihren Bedarfen und Wünschen entsprechend aktiv am Leben der Gemeinschaft teilzunehmen und die Verhältnisse ihres Lebensumfeldes mitzugestalten, auch bei Hilfe- und Pflegebedarf. Ziel der Quartiersentwicklung ist es, neue Potenziale zu erschließen. Schlüssel ist die Vernetzung der Akteure vor Ort und die Einbindung Ehrenamtlicher zu einem »Hilfe-Mix«, bei dem professionelle, familiäre und freiwillige Angebote aufeinander abgestimmt, weiterentwickelt und koordiniert werden. So wird es auch möglich, dem Wunsch der Menschen, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, gerecht zu werden. Gerade im ländlichen Raum beobachten wir den Anstieg alleinlebender Menschen und gleichzeitig einen Rückgang der Unterstützung durch die Familie – sei es aufgrund des räumlichen Abstands, der steigenden beruflichen Anforderungen oder sonstiger familiärer Belastungen. Quartiersentwicklung bietet neue Chancen für ein solidarisches Miteinander.

2 Welche Angebote und Teilhabemöglichkeiten haben die Menschen?

Unsere Quartiersmanager*innen ermutigen Menschen, für ihre Belange aktiv zu werden und Nachbarschaftsnetzwerke zu knüpfen. Darüber hinaus initiieren sie Begegnungs- und Kulturangebote in Kooperation mit anderen Akteuren, Sportangebote, Gedächtnis- oder E-Bike-Trainings, Klönschnack-Nachmittage und Trommelworkshops. Zusätzlich organisieren sie Infoveranstaltungen über altersrelevante Themen, wie den Umgang mit Demenz, Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen oder das neue Pflegestärkungsgesetz. Eine feste Säule unserer Quartiersarbeit stellt die Zusammen-

arbeit mit Ehrenamtlichen dar, die sich in Gremien organisatorisch und praktisch einbringen und somit nicht nur partizipieren, sondern entscheiden, wie sich ihre Nachbarschaft entwickelt.

3 Gibt es Unterschiede in der Umsetzung zwischen städtischen und ländlichen Räumen?

Jedes Quartier ist unterschiedlich, aber jedes ist einzigartig und birgt Stärken und Herausforderungen. Diese werden auch durch die geografische Lage bedingt. Das beginnt bei der Versorgungs- und Infrastruktur. Gibt es Begegnungs- und Einkaufsmöglichkeiten? Ist die gesundheitliche Versorgung sichergestellt? Und wie sieht es mit dem öffentlichen Nahverkehr aus? Häufig schneidet der ländliche Raum bei diesen Fragen schlechter ab. Für Menschen, die mobil sind, lässt sich das noch gut händeln. Schwieriger wird es für die, deren Mobilität aufgrund von Alter, Gesundheit oder Einkommen eingeschränkt ist. Da setzt die Quartiersarbeit an und entwickelt mit den Menschen kreative Lösungsansätze.

Dörfliche Strukturen können aber den Vorteil haben, dass man sich kennt, schneller ins Gespräch kommt und gemeinsam für eine Sache arbeitet. In städtischen Gegenden ist das Leben häufig anonym. Es gibt zwar viele Angebote, aber die unterschiedlichen Akteure und Interessen unter einen Hut zu bekommen, ist oft eine Herausforderung. ❤️



ANIKE OHMES

Anike Ohmes ist Koordinatorin Projekt Quartiersentwicklung bei der AWO Pflege Schleswig-Holstein.

➔ Anike Ohmes • Tel 0431/5333031

Rente – das richtige Wahlkampfthema?

Kinderarmut ist ein viel größeres Problem als Altersarmut und wird viel zu wenig diskutiert, so Wolfgang Gründinger in seiner Außenansicht.

AUTOR WOLFGANG GRÜNDINGER

Die Rente ist wieder einmal Wahlkampfthema. Bereits in den letzten beiden Wahlkämpfen wurden den Rentner*innen Versprechungen gemacht und sie anschließend verwöhnt: Nach der Bundestagswahl 2013 verabschiedete die Regierung im Hauruck-Verfahren außerplanmäßige Rentenerhöhungen von zehn Milliarden Euro pro Jahr, die allerdings nur den Rentnern bis etwa 2030 zugutekommen. Dazu kam 2017 die Angleichung der Ost-West-Rente mit Extra-Kosten von vier Milliarden pro Jahr, durch die junge Ostdeutsche aber netto benachteiligt werden (für sie bedeutet die scheinbare Wohltat nämlich geringere Renten, wenn sie selbst mal alt sind).

Dies alles waren Maßnahmen, die gegen Altersarmut gar nicht wirkten und auch gar nicht wirken sollten. Sie halfen allein der Mittelschicht. Auch die Stabilisierung des Rentenniveaus, wie es nun gefordert wird, ist kein Instrument im Kampf gegen Altersarmut. Die wirklich Bedürftigen haben davon wenig bis nichts, denn die Mathematik ist einfach: Drei oder vier Prozentpunkte höhere Rente ist nur bei denen viel, die ohnehin schon eine hohe Rente haben. Eine Stabilisierung des Rentenniveaus hilft bei einer niedrigen Rente eben wenig. Die einen, die schon gut versorgt sind, bekommen noch mehr, während die anderen, die eigentlich am meisten Unterstützung bräuchten, fast leer ausgehen.

IM NÄCHSTEN HEFT

Zukunft der Jugendsozialarbeit

Wie kann Jugendsozialarbeit zeitgemäß geleistet werden? Was sind die Voraussetzungen dafür? Darum geht es im kommenden Heft.



WOLFGANG GRÜNDINGER

Wolfgang Gründinger, 33, ist Autor des Buches »Alte-Säcke-Politik« (erschienen 2016) und Sprecher der Stiftung Generationengerechtigkeit.

➔ www.gruendingerszene.de

Überhaupt ist Altersarmut gegenwärtig nicht so verbreitet, wie bisweilen behauptet wird. Presseschlagzeilen, denen zufolge bald jeder Zweite in Altersarmut leben werde, sind falsch. Heute sind 3,0 Prozent der Älteren auf Grundsicherung angewiesen. Bis zum Jahr 2030 wird diese Zahl auf rund 5,3 Prozent steigen – fast eine Verdopplung, aber immer noch auf niedrigem Niveau. Zum Vergleich: Über 14 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben in Familien mit Hartz-IV-Bezug.

Kinderarmut ist ein wesentlich gravierenderes Problem als Altersarmut. Diskutiert wird darüber nicht. In einer Auswertung von 200 Talkshows stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow fest: Über Altersarmut und Rente wird öfters diskutiert, über Kinderarmut aber sage und schreibe exakt null Mal.

Dabei müsste genau hier die Sozialpolitik ansetzen: Denn die armen Kinder von heute sind die armen Rentner von morgen. Wir brauchen Elite-Kitas und Luxus-Schulen für alle – statt nur für die oberen Zehntausend; und wir brauchen eine Familienpolitik, die sich endlich auf die Bedürftigen konzentriert. Das heißt nicht, zum Krieg der Generationen zu blasen. Aber wenn heute mehr Kinder und Jugendliche von staatlichen Sozialleistungen abhängig sind als die Rentner, dann müssen wir dringend unseren Fokus auf die wirklich Bedürftigen legen. Hoffentlich wird auch Kinderarmut im Wahlkampf in den Talkshows, auf Plakaten und im TV-Duell vorkommen. Den Kindern und ihren Familien wäre es zu wünschen. ❤️

